

Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2024

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 18.12.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

1 Allgemein zum Haushaltsplanentwurf

mit Interesse haben wir den vom CSU-Kollegen Linsmaier referierten Antworten von ChatGPT gelauscht. Wenn die CSU dafür künstliche Intelligenz braucht, freut uns das, wir kommen allein mit unserer natürlichen Intelligenz zu fast den gleichen Ergebnissen. Die überflüssige Donaubrücke war übrigens nicht konkret dabei!

1.1 Keine Schuldenaufnahme notwendig, da sehr gutes Jahresergebnis 2023

wir freuen uns, wenn der Kämmerer sich irrt. Zumindest was seine Voraussagen von vor 2 Jahren, dass ab dem Haushalt 2023 Schuldenaufnahmen zu tätigen sind, betrifft. Das hat sich weder für heuer und nun auch nicht für 2024 bewahrheitet. Höhere Gewerbesteuererinnahmen, die höchste Schlüsselzuweisung in der Geschichte und auch die Strompreisbremse gültig auch für Kommunen sind dafür verantwortlich. Auch der Schuldenberg wird heuer weiter reduziert. Das ist gut so.

Weniger gut ist, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf nach 15 Jahren erstmals wieder fast keine Zuführung zum Vermögenshaushalt mehr vorsieht. Das wird üblicherweise als Ausdrucksgröße für die Leistungsfähigkeit der Kommune gesehen. Verantwortlich sind dafür deutlich gestiegene Personalausgaben und die Inflation. Die Inflation belastet zunächst die Stadt bis es hoffentlich später z.B. zu höheren Einkommensteueranteilen kommt, wenn die Löhne und Gehälter erhöht worden sind. Die Prognosen sagen inzwischen wieder, dass die Inflation sinken wird.

Wir hoffen, dass der Kämmerer sich, was die Schuldenaufnahme betrifft, weiter irrt, und auf diese Hoffnung gestützt, werden wir auch heuer wieder diesem Haushalt zustimmen können. Diese Hoffnung stützt sich auf zwei Aspekte, zum einen auf die Anzeichen, dass das Rechnungsjahr 2023 wieder besser wird als geplant und mehr

als die letztes Jahr für heuer geplanten 2,231 Mill. Euro, Wie wir heute erfahren wird die Größenordnung bei 8 Mill. Euro liegen, Euro Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt realisiert werden können. Und dann natürlich – Sie werden es alles schon erwartet haben, – dass die zu erwartenden Gewinne der Sparkasse aus dem Jahr 2023, die im Jahr 2024 erstmals ausgeschüttet werden.

1.2 Gewinnausschüttungen der Sparkasse

Ich wiederhole gerne, was ich hier an dieser Stelle seit Jahren ausführe, denn, wenn nun wirklich neue Schuldenaufnahme 2025 drohen sollten, dann werden die drei Deggendorfer Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat nächstes Jahr sicher in der entsprechenden Sitzung dafür plädieren, dass dann endlich mal ausgeschüttet wird. Vor Jahren hat das der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Notar Dr. Max Gössl gefordert. Das ist schon eine Weile her, aber das war damals wie heute richtig und angezeigt. Denn wir freuen uns, dass unsere Sparkasse, die in allen Krisenzeiten stets zuverlässig und erfreulich Gewinne erwirtschaftet, diese dann aber weit über das notwendige Maß nur ihren eigenen Rücklagen zuführt. Statt dessen könnte man ihren Trägerkommunen wie der Stadt Deggendorf, der 35 % der Sparkasse gehören, vom sprudelnden Geld etwas zukommen zu lassen.

Wie jedes Jahr fordere ich daher unsere Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat auf, nicht nur ihrer Verantwortung gegenüber der Sparkasse, sondern auch ihrer Verantwortung gegenüber Deggendorf gerecht zu werden. Denn der Beschluss von Gewinnausschüttungen nachdem die Eigenkapitalquote dort seit Jahren jeweils weit höher als notwendig sich darstellt, erlaubt dies. Unsere Vertreter dort sind der Oberbürgermeister Dr. Moser, Stadträtin Margret Tuchen und Stadtrat Ali Schraufstetter. Neuschulden bräuchten wir im Jahr 2025 nicht, wenn Sie in der Vergangenheit meine Aufforderungen ernsthaft in Betracht gezogen und umgesetzt hätten!

Das Ergebnis ist: Nur wenn man das Thema Sparkasse ausblendet, wären neue Schulden 2025 gerechtfertigt. Das werden wir aber nicht alle ausblenden und das Ziel des Oberbürgermeisters, auch wie vermutlich heuer wieder einen einstimmig verabschiedeten Haushalt zu erreichen, wird dann höchstwahrscheinlich nicht mehr im Bereich des Möglichen sein. Für so ein Ziel muss man halt dann auch etwas tun! Noch ist Zeit und Gelegenheit zum Umdenken.

1.3 Zustimmung zum Haushalt

Heuer aber können wir diesen Wunsch wieder gerne erfüllen und dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen, da wir fast alle vorgesehenen Investitionen und abgeleiteten Aktivitäten mitgetragen haben und mittragen werden.

1.4 Klinikum

Der frühere Landrat und jetzige bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr hat dem neuen Landrat nicht nur die dritthöchste Verschuldung unter den 71 Landkreise in Bayern hinterlassen, sondern auch ein Klinikum, das in vieler Hinsicht

notleidend dasteht. Da kommt es gelegen, dass man das Jahresdefizit von über 14 Millionen Euro vor allem auf die Politik in Berlin schieben kann und damit wohl die eigenen Fehler seit Jahren überdecken kann.

Die Baustellen des Landkreises – die konkrete beim Schulzentrum und die ideelle beim Klinikum sind nun alle in Deggendorf. Da können wir nichts dafür und nichts dazu, auch wenn Landrat Bernd Sibler meint, wir würden da besonders profitieren. Das mag schon indirekt irgendwie der Fall sein, aber messbar ist das kaum und pekuniär werden wir das leider erstmal ganz anders zu spüren bekommen.

Der Kämmerer erwartet einen Nachtragshaushalt, wenn der Landkreis uns verstärkt durch eine kräftige Erhöhung der Keisumlage zur Kasse bitten wird. Insofern danke ich Herrn Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, dass er im Kreistag schon entsprechend sich eingebracht hat, dass hier der Landkreis nicht tun und lassen darf was er will. Dank auch an seine deutlichen Worte heute dazu, hinter denen ich voll und ganz stehe. Ihm und allen anderen Kreistagsmitgliedern – ganz gleich aus welcher Fraktion – sei hier Durchhaltevermögen und faires Abwägen der Interessen von Stadt und Landkreis ans Herz gelegt. Besonders sollte man hier die Ausführungen von Kämmerer Sterr argumentativ weitertragen und angesichts des auch beim Landkreis zu erwartenden höheren Überschuss des Verwaltungshaushalts als geplant, diesen auch für das Krankenhaus mitverwenden.

Vom Dingolfinger Landrat Bumeder konnten wir entsprechende klare Aussage schon lesen, insbesondere, dass Dingolfing-Landau nur 50 % des Krankenhausdefizits an die Kommunen weitergibt, von unserem Landrat Sibler gibt es leider noch keine konkrete Aussage dazu. Hier die richtigen und fairen Weichen zu stellen, ist meines Erachtens die Aufgabe der Kreisräte unter uns.

Zu einem Nachtragshaushalt gibt es ja in der Stadt Deggendorf erfreulicherweise seit vielen Jahren keine Erfahrungen mehr. Deshalb würde ich mir schon wünschen, dass die Verwaltung uns dann vorab eine Liste von möglichen Einsparungen vorlegt, da sollte es kein Tabu geben und wir beraten dann gemeinsam, wo wir sparen wollen und wo nicht.

1.5 Energiekosten, AKDB, Dank an Kämmerei

Letztes Jahr standen die explodierenden Energiekosten im Fokus. Die haben sich inzwischen wieder beruhigt und man kann das gut nachvollziehen, wenn man entsprechende Auswertewerkzeuge hat und den Blick auf diese Kosten bei den 28 Liegenschaften der Stadt Deggendorf in Augenschein nehmen will. Diese Positionen sind natürlich über die 4289 Einträge im Verwaltungshaushalt verteilt. Was ich seit Jahren hier kritisiere, ist die unflexible Software der AKDB mit der die Kämmerei die Haushaltspläne und die Buchführung zu erstellen hat. Dass am Ende dann Stadträte diesen Haushaltsentwurf verstehen, prüfen und beschließen müssen, das ist ohnehin nicht im Blickfeld die AKDB, denn dafür bietet diese Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern im Eigentum unter anderem vom Gemeindetag und Städtetag, keine Unterstützung an. Die Frage nach den Energiekosten ist so eine, bei der wir als Stadträte in unserer Kontrollfunktion allein gelassen werden.

Von Kämmerer Florian Sterr habe ich wie schon letztes Jahr den Haushalt auch als Tabelle für ein Tabellenkalkulationsprogramm zur Verfügung gestellt bekommen. Da-

mit kann man dann mit zusätzlichen, selbst geschriebenen Programmen, die Frage nach den Energiekosten beantworten. Der Ansatz von 1,71 Mill Euro für Heizkosten (5420) reduziert sich um 373.000 Euro auf 1,34 Mill Euro. Immer noch eine stattliche Summe! Da ist in den nächsten Jahren noch Optimierungsbedarf, denn das Rechnungsergebnis 2022 lag noch bei nur 443.800 Euro. Da kommen wir sicher nicht wieder zurück, aber die Differenz ist doch immer noch erheblich! Interessant auch, wer von den städtischen Einrichtungen hier Spitzenreiter ist: Das ist unsere Gärtnerei mit allein 167.100 Euro. Das ist eine Reduktion der Kosten auf lediglich 92 %. An zweiter Stelle folgt das Rathaus, das wegen der Pelletheizung mit gleichbleibenden 120.000 Euro veranschlagt ist. Dann kommen die Schulen, Kindergärten und die Museen bei denen wegen der Reduktion auf 72 % noch Handlungspotential aufscheint.

Wenn man solche Auswertungen ohne Programm mit dem uns vorgelegten 419 Seiten des Verwaltungshaushalts nachvollziehen wollte, dann müsste man auf 419 Seiten nach der Gruppierungsnummer 5420 suchen. Die kommt 28-mal vor und diese Werte wären dann aufzuaddieren.

Herzlichen Dank also an Herrn Sterr für die Bereitstellung des Haushalts als Exceltabelle. Aber auch an alle Beteiligten in der Kämmerei: Herr Sterr Ihnen, Frau Reisinger und Ihrem ganzen Team unser herzlichster Dank nicht nur dafür, sondern ganz allgemein für die Erstellung des Haushaltsentwurfs mit dieser nicht besonders unterstützenden AKDB-Software!

Die Bitte an den OB darf hier natürlich auch nicht fehlen: Als frisch gewählter stellvertretender Bezirksverbandsvorsitzender des Bezirksverbands Niederbayern des Bayerischen Gemeindetags könnten Sie das Amt ja nutzen, um hier bei der AKDB Verbesserungen zu erreichen! Bitte berichten Sie uns dann darüber!

1.6 Investitionen

Die Reihe der 2024 geplanten Investitionen enthält nichts Neues oder gar Spektakuläres. Bei der Schule Mietraching geht es mit einer neuen Turnhalle weiter, der Neubau der Theodor-Eckert-Schule beginnt mit Vorplanungen, die Sanierung der Straßenbeleuchtung wird hoffentlich nächstes Jahr dann fertig sein, auch die Fertigstellung der Umgestaltung des Stadtparks mit den neuen Freizeiteinrichtungen, Biergarten und Erneuerung des Wegenetzes ist vorgesehen.

Besonderer Dank gilt hier Herrn Baudirektor Strasser, der in seinem Investitionsansatz für den Stadtpark auch das Herzensanliegen unserer Kollegin Dr. Ute von Eichhorn zu einem Theatron, also einer kleiner Freiluft-Spielstätte für Musik und Theater, mit aufgenommen hat. Herr Kollege Linsmaier, mit Ihrer Aussage zu Urheberschaft dieser Idee liegen sie falsch. Wenn nicht das friedvolle Weihnachtsfest bevorstehen würde, würde ich das als dreist bezeichnen. Die genannten Punkte haben wir als FREIE WÄHLER gerne alle mitgetragen. Natürlich auch die notwendigen Erneuerungen in der Kläranlage, beim Abwasser, EDV, Fuhrpark, Feuerwehr um nur einiges zu nennen.

1.6.1 Maßnahmenbeschlüsse

Bei den Investitionen gibt es ja immer drei Kategorien: Solche die der Stadtrat schon beschlossen hat, solche für die noch ein Maßnahmenbeschluss erfolgen muss und solche, für die ein Betrag kleiner oder gleich 50.000 Euro im Haushalt angesetzt und beschlossen wird und die dann nach unserer Geschäftsordnung der Oberbürgermeister einfach umsetzen kann oder nicht, ohne den Stadtrat nochmals damit zu befassen.

Wann nun genau noch eine Maßnahmenbeschluss notwendig ist und wann nicht, ist nicht so leicht nachzuvollziehen. Da könnte man noch ein bisschen mehr zur Transparenz beitragen. Die Bitte daher an die Verwaltung im nächsten Haushalt nicht nur, und das ist ja über die Jahre erfreulicherweise immer besser geworden, nicht nur den entsprechenden Stadtratsbeschluss in der Anmerkung zur Haushaltsposition anzugeben, sondern auch hinzuzufügen, dass da noch ein Maßnahmenbeschluss erfolgen muss.

Besonders aufpassen müssen wir also, das hat die Vergangenheit uns gelehrt, wenn es neue Haushaltspositionen mit höchstens 50.000 Euro, gibt. Da werden beispielsweise 35.000 Euro bereitgestellt für die teilweise Erneuerung der Bohlen auf der Geh- und Radwegbrücke. Traurig, dass das nach 10 Jahren schon notwendig ist. Das passt also. Ansonsten aber Entwarnung, denn auch alle anderen Investitionsbeträge zwischen 10.000 und 50.000 Euro sind gut nachvollziehbar. Diesmal wird es also keine Überraschungen wie beim plötzlichen Erscheinen de DEGBlatts geben können

Ein weiteres Problem ist auch die Informationspolitik gegenüber dem Stadtrat, wenn Maßnahmenbeschlüsse ausbleiben. So haben wir für 2023 den Betrag 530.000 Euro für den Umbau des ehemaligen Murauerhauses bereitgestellt. Erst durch Nachfragen anlässlich der Haushaltsvorberatungen bekommen wir dann mit, dass man das Projekt erstmal aufgegeben hat, weil Umbau zu teuer und weil sich im VHS-Gebäude Alternativen aufgetan haben.

1.6.2 Straßensanierung

Zwei große Investitionspositionen habe ich bislang noch nicht angesprochen. Da ist der Unterhalt des städtischen Straßennetzes: Da investieren wir bei den allgemeinen Straßensanierung 2024 1,385 Mill. Euro. Das sind 569 Tausend Euro mehr als in diesem Jahr. Da gibt es offensichtlich keine Maßnahmenbeschlüsse mehr, weil da jeweils ausgeschrieben wird, und dann kann der OB sogar bis zu 250.000 Euro vergeben. Die einzige Ausnahme scheint die Sanierung der Hengersberger Straße von der Friedenseiche bis zum Hafen zu sein, die deutlich teurer ist.

1.6.3 Oberer Stadtplatz

Und – last but not least – wir stellen für das Jahr 1,520 Mill. Euro für den Oberen Stadtplatzes nach der Tiefgaragensanierung bereit. Dabei passiert das im Jahr 2024 gar nicht, wie wir jüngst aus der Zeitung erfahren konnten. Dabei hatten wir schon alles so schön vorbereitet.

In der Stadtratssitzung am 30.05. letzten Jahres wurde uns mitgeteilt, dass die Schäden der Decke der Tiefgarage am Oberen Stadtplatz in „nächster Zeit“ behoben werden müssen. Baudirektor Strasser konnte sich dann mit vielen Ideen und mit Hilfe eines Perserteppichs einbringen. Das gefiel, insbesondere auch der angedachte Wasserlauf, und wir erteilten einstimmig folgenden Auftrag:

„Die vorgestellten Analyse- und Konzeptstudien zur Umgestaltung des Oberen Stadtplatzes sind Grundlage für die weiteren Planungsschritte. Die Verwaltung beauftragt hierfür ein Fachbüro und führt im weiteren Verfahren auch eine Bürgerbeteiligung durch.“

Der Vorschlag zur Ergänzung einer Bürgerbeteiligung kam damals von mir. Weder das eine noch das andere ist so weit mir bekannt dazu geschehen. Seltsamerweise haben wir dann in der Oktobersitzung heuer erneut die Verwaltung beauftragt die Planungen zu vergeben, auch wieder einstimmig und zwar mit folgendem Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt die Planungsleistungen zu vergeben und die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2024 einzustellen.“

Wurden und werden hier also zwei Fachplaner beauftragt – oder reicht der Verwaltung ein Beschluss nicht, sondern sie braucht zwei?

Das ganze ist natürlich etwas komplexer, da das erst nach der Sanierung der Tiefgarage passieren kann. Dafür ist aber die Stadtparken GmbH zuständig. Aus der Deggendorfer Zeitung vom letzten Montag konnten wir dann lesen, dass es eine Verschiebung um zwei Jahre auf Wunsch der Stadt gibt, denn so wird der OB zitiert:

„Deren Anliegen ist es, die Baustelle so abzuwickeln, dass die Geschäfte und Lokale am Oberen Stadtplatz möglichst wenig beeinträchtigt werden. Und das sei bei Bauarbeiten im nächsten Jahr nicht zu schaffen, sagte Moser.“

Das war aber doch schon im Mai letzten Jahres ein Thema. Warum man das seitens des OBs, der Stadtverwaltung und der Stadtparken GmbH in eineinhalb Jahren nicht auf die Reihe bekommt, ist mir unerklärlich. Und: was soll 2026 dann anders für die Geschäftsleute sein als 2024? Und weiter: auf einmal kann die schadhafte Decke, die im Jahr 2022 noch in nächster Zeit zu sanieren war, weitere 2 Jahre warten. Die in der Zeitung genannten Gründe sind fast alle lang bekannt und der ganze Vorgang ist mehr als mysteriös – jedenfalls für den entscheidenden Stadtrat nicht transparent genug und nachvollziehbar. Gab es da seit der Oktobersitzung neue Interventionen der Geschäftsleute? Entscheiden die dann durch Einflussnahme auf den OB? Warum wird der Stadtrat nicht dazu befasst? Wir wissen es nicht. Die Zeit war eigentlich lange genug um die genannten Problem und Nebenbedingungen im Vorfeld zu lösen.

2 Grundsätzliche Überlegungen

Ein demokratischer Höhepunkt in allen Parlamenten und kommunalen Verwaltungsgremien sind die Haushaltsreden in der alle Aspekte der Politik der Hauptverantwortlichen, also Regierungskoalitionen, Minister, Oberbürgermeister und Mehrheitsfraktionen angesprochen werden können.

2.1 Bürgerbeteiligungen

Das Thema Bürgerbeteiligungen ist ja schon angeklungen. Zur Gestaltung des Oberen Stadtplatzes gab es die beschlossene Bürgerbeteiligung bislang nicht, es sei denn der OB meint, dass es in diesem Fall reicht, mit den Geschäftsleuten zu reden. Um Verbesserungen in der Bahnhofstraße zu erreichen hat die Verwaltung sich auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Bei der Frage der Umbenennung der Hindenburgstraße wollte die Mehrheit hier auch keine Bürgerbeteiligung, obgleich das Thema alle angegangen hätte. Statt dessen hat man dann wenigstens nicht etwa die dort Wohnenden befragt, sondern die Hausbesitzer. Das zeigt schon ein eigenartiges Verständnis von Bürgerbeteiligung.

Natürlich sind für den Stadtplatz die Geschäftsinhaber und Wirte von besonderer Bedeutung, keine Frage! Aber wenn man unnötigerweise zum Aufbau des Christkindlmarktes statt 3 Wochen und 3 Tagen den kompletten Busverkehr 10 Woche aussperrt, da kommt dann niemand auf die Idee, unsere, den Bus benutzenden Bürgerinnen und Bürger, die für den Stadtplatz als Kunden genau so wichtig sind, zu fragen. Und auch bei der alljährlichen Bürgerversammlung gibt es immer noch nicht die Möglichkeit, dass die nach der Gemeindeordnung dazu vorgesehenen Anträge überhaupt in Deggendorf durchgeführt werden können. Da müssten nämlich festgestellt werden, wer von den Besuchern stimmberechtigt ist und wer nicht. Fazit: wir haben nachwievor ein großer Defizit in dieser Hinsicht.

2.2 Kritikpunkte aus den vergangenen neun Haushaltsreden

Das ist heuer meine 10. Haushaltsrede und ich habe mir mal zum Jubiläum die Mühe gemacht all die wichtigsten der in 10 Jahren vorgetragenen grundsätzlichen Kritikpunkte, auf die man bislang nicht eingegangen ist, nochmals Revue passieren zu lassen.

- Bereits 2014 hatte ich moderne Bürgerbeteiligungsprozesse an Hand der Stadt Norderstedt angesprochen, bei der sogar im Rahmen dieses Prozesses Mittel vergeben werden können.
- Seit 2015 beklage ich, dass die AKDB keine Auswertungssoftware zum Haushaltsentwurf für die Stadträte zur Verfügung stellt. Auch den offensichtlichen Fraktionszwang bei der CSU hatte ich damals schon angesprochen. Meine damalige Erinnerung an den § 3¹ Satz 1 unserer Geschäftsordnung

„Die Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.“

Das ist nachwievor von Relevanz. In Bezug auf Transparenz habe ich beklagt, dass der Antrag der Grünen, die Sitzungsunterlagen vorab allgemein zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden war. Auch eine damals beantragte Informationsfreiheitssatzung gibt es bis heute für Deggendorf nicht.

¹Damals § 4

- Im Jahre 2016 habe ich beklagt, dass sehr oft der Architekt des Bauträgers zu dessen Gunsten ein Bebauungsplan aufgestellt wird, auch von der Stadtverwaltung mit der hoheitlichen Planung beauftragt wird und dadurch Interessenskonflikte nicht zu vermeiden sind. OB Dr. Moser hat das dann zwischenzeitlich verstanden und akzeptiert, um es dann vor 2 Jahren leider wieder aufzugeben.
- Seit 2017 spreche ich die Tatsache an, dass seitens der Sparkasse keinerlei Anteil der Millionengewinne an die Trägerkommunen ausgeschüttet werden. Weiter forderte ich, dass grundlegende Zukunftsplanungen schon vom Ansatz her von Stadtrat behandelt werden und es nicht nur um das Abnicken fertiger Beschlussvorgaben gehen darf. Da gibt es nachwievor Luft nach oben.
- 2019 habe ich gefordert, dass man auch in der Stadtratssitzung mündliche Anfrage stellen kann, bis heute nicht umgesetzt! Dies ist Standard in anderen Gemeinden – nicht aber bei uns – und sieht auch die Mustergeschäftsordnung des Gemeindetags vor. Auch die Idee einer gemeinsamen Stadtratsklausur habe ich damals ins Spiel gebracht.
- Die mangelnde Sichtbarkeit des Stadtrats auf der Homepage habe ich 2020 angesprochen. Leider ist es immer noch so, dass auf der Eingangsseite zwar immer der Oberbürgermeister zu sehen ist, um zum Stadtrat zu kommen, da wird man nicht hingeführt. Man muss also schon wissen, dass man da hin will und dann sind mehrere Klicks notwendig. Das reflektiert in keiner Weise, dass die Stadt durch den Stadtrat gemäß Artikel 29 Gemeindeordnung verwaltet wird. Das man dazu übergegangen ist dort die Bürgerinnen und Bürger zu dutzen, halte ich für nicht angemessen. Ich stelle mir gerade vor, ich gehe ins Bürgeramt und dutze dort die Angestellten zurück.
- 2021 habe ich beklagt, dass in den meisten Sitzungen lediglich die Fraktionsvorsitzenden Redebeiträge einbringen. Die restlichen Stadtratsmitglieder beteiligen sich nur selten oder gar nicht. Auch das ist immer noch so.
- Schließlich habe ich 2022 die Situation kritisiert, dass die geforderte institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat abgelehnt wurde.

Mit diesen weiter gültigen Wünschen zur Verbesserung unserer Stadtratsarbeit schließe ich und danke allen gegebenenfalls für ihre Aufmerksamkeit.